



Wahlprogramm der Liste Bündnis90/Die Grünen Rhein-Selz zur Verbandsgemeinderats-Wahl 2014



Die Verbandsgemeinde Rhein-Selz GRÜN gestalten

Am 25. Mai 2014 entscheiden die Bürgerinnen und Bürger auf dem Gebiet der neuen VG Rhein-Selz darüber, wie die Politik der neuen Verbandsgemeinde in den kommenden fünf Jahren gestaltet wird. Wichtige Projekte stehen dabei an: der Ausbau der Bildungs- und Betreuungslandschaft in unserer Verbandsgemeinde, die Weiterentwicklung der ehemaligen Kaserne in Dexheim, aber auch wichtige Fragen in den Bereichen Verkehr und Energie. Wir GRÜNE machen den Bürgerinnen und Bürgern dabei ein Angebot für eine ökologische und sozial-gerechte Weiterentwicklung unserer Verbandsgemeinde. Wir setzen uns dafür ein, dass die neue Verbandsgemeinde zusammen wächst und alle Ortsgemeinden sowie deren Bürgerinnen und Bürger Gehör finden.

Rheinhessen – liebenswert für junge Familien

Wir GRÜNEN freuen uns darüber, dass viele junge Familien hier leben wollen. Moderne Eltern wollen sich meist gleichberechtigt in Erziehung und Verdienst einbringen – mit einem guten Betreuungsangebot von der Krippe bis zur Ganztagschule wollen wir die individuellen Lebensentwürfe unterstützen. Unsere Gemeinden sind im Landesschnitt gut ausgestattet, doch häufig fehlt den jungen Familien noch eine bessere Fürsorge in den Randzeiten, insbesondere nachmittags oder eine Krippen-Betreuung. Unter dem Aspekt der Gleichstellung berufstätiger Frauen ist uns GRÜNEN deren Unterstützung schon lange ein zentrales Anliegen und soll nun auf kommunaler Ebene umgesetzt werden. Wir unterstützen außerdem das politische und ehrenamtliche Engagement junger Familien und fordern daher, dass die Betreuungskosten für Kinder während der Aktivzeiten erstattet werden, um die Teilhabe aller zu gewährleisten.

GRÜN macht Schule

Jedes Kind soll ein Schulangebot in erreichbarer Nähe erhalten, bei dem es seine Potenziale voll entfalten und den für sich bestmöglichen Schulabschluss erreichen kann. Die Schwerpunktschulen unserer Region leisten dabei einen unschätzbaren Beitrag zu einer toleranten und offenen Gesellschaft – dafür sollen sie in ihrer Arbeit stärker unterstützt werden.

Ganztagschulen bauen Bildungsnachteile ab, stärken den sozialen Zusammenhalt unter den SchülerInnen und tragen auch zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Eltern bei. Ganztagsangebote müssen weiter ausgebaut werden, nicht nur, aber insbesondere an den Grundschulen. Die Teilnahme an einem frisch zubereiteten und schmackhaften Mittagessen, möglichst mit Produkten aus regionalem, bio-logischem Anbau, soll für alle Kinder und Jugendliche ermöglicht und bei Bedarf finanziell unterstützt werden. Darüber hinaus sollen Schulgebäude in einem guten Zustand sein um den aktuellen pädagogischen Anforderungen zu entsprechen.

Geschlechtergerechtigkeit voranbringen

Gleiche Rechte und gleiche Chancen für alle herzustellen ist eines der wesentlichen Ziele GRÜNER Politik. Durch eine konsequente Gleichstellungspolitik, Gender Mainstreaming¹ und Gender Budgeting² können die Kommunen dazu beitragen, Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Dafür ist es auch erforderlich, dass der

1 Die Hinterfragung von Rollenmustern

2 Strukturelle Geschlechterungerechtigkeit im öffentlichen Haushalt vermeiden

Frauenanteil im neuen Verbandsgemeinderat deutlich höher ist als derzeit. Ebenfalls sind Beratungs- und Vernetzungsangebote vor Ort sehr wichtig. Für eine starke Gleichstellungspolitik in unserer Verbandsgemeinde ist es daher unabdingbar, dass die neue Verbandsgemeinde durch eine Gleichstellungsbeauftragte vertreten wird, die entsprechend der Größe der Verbandsgemeinde angemessen dieser wichtigen Tätigkeit nachgehen kann.

Jung und Alt im Einklang – Bedürfnisse verstehen und akzeptieren

Jugendliche brauchen Treffpunkte Plätze und Räume. Diese gehören in die Mitte der Gemeinde und dürfen nicht an den Rand gedrängt oder aufgrund knapper Mittel geschlossen werden. Zusammen mit den jungen Menschen wollen wir Wege finden ihre kreativen Ideen zu fördern und ihre Bedürfnisse zu berücksichtigen. Außerdem muss eine stärkere Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Entscheidungen Grundlage von Jugendpolitik sein. Zwang, Überwachung und Kriminalisierung sind für uns keine Lösung und machen aus GRÜNER Sicht nur die Hilf- und Ratlosigkeit gegenüber jungen Mitmenschen deutlich. Statt Bahnhöfe unserer Verbandsgemeinde mit Videokameras zu überwachen, um Graffiti oder Vandalismus verhindern zu wollen, wollen wir mit jungen Menschen gemeinsam alternative Freizeitangebote schaffen, beispielsweise legale Graffiti-Freiflächen ausweisen. Darüber hinaus wollen wir den Dialog zwischen den Menschen verschiedenen Alters fördern um ein gegenseitiges Verständnis zu entwickeln.

Inklusion in unserer Verbandsgemeinde

Unter sozialer Gerechtigkeit verstehen wir, dass jeder Mensch sein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe verwirklichen kann. Wir wollen EINE Kommune für ALLE und stehen für eine moderne offensive und konsequente Gleichstellungspolitik, die wir als Querschnittsaufgabe, aber auch als eigenständigen politischen Bereich in allen Politikfeldern ansehen. Daher fordern wir die Gründung eines Beirats für die Belange behinderter Menschen, in dem die InteressenvertreterInnen vor Ort ihre Belange einbringen können. Aus diesem Gremium soll einE BeauftragteR der Verbandsgemeinde für die Belange behinderter Menschen gewählt werden.

Die solidarische Kommune

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten an der Verpflichtung der Verbandsgemeinden für die Ziele der Vereinten Nationen fest, wie die Halbierung der weltweiten Armut, Reduzierung der Müttersterblichkeit, allgemeine Schulbildung sowie Beachtung

sozialer und ökologischer Kriterien bei der Beschaffung kommunaler Güter. Aus Solidarität mit AsylbewerberInnen und Flüchtlingen fordern die GRÜNEN die Ortsgemeinden, die Verbandsgemeinde und die Bevölkerung auf durch entsprechende Hilfeleistungen für die Neuankömmlinge eine Willkommenskultur zu schaffen.

Wirtschaft nachhaltig entwickeln: Konversion in Dexheim – BürgerInnen einbinden

Wir GRÜNE fordern eine zügige und sinnvolle Weiterentwicklung der Konversionsfläche Dexheim, denn das Gelände bietet eine große Chance für die Region. Wir kritisieren, dass das Gelände lange Zeit nach Abzug der US-amerikanischen Truppen keiner neuen Verwendung zugeführt wurde. Umso wichtiger ist, dass das nun angedachte Konzept für das Gelände wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig ist und sinnvoll in die Region eingebunden wird. Daher fordern wir eine aktive Zusammenarbeit der kommunalen Gremien mit der Lokalen Agenda 21 zu Projekten für Erneuerbaren Energien u.a. auf dem Kasernengelände Dexheim. Die Bebauungspläne sollen daher so gestaltet werden, dass die Nutzung von Erneuerbaren Energien möglich wird. Dabei ist uns besonders wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger bei der Weiterentwicklung des Geländes eingebunden werden. Hinterzimmerpolitik darf es bei derart wichtigen Projekten in unserer Region nicht geben.

Wir strotzen vor ENERGIE

Den Gemeinden kommt eine wichtige Rolle in Sachen Klimaschutz zu. Denn Klimaschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die vor Ort umgesetzt werden muss. Daher wollen wir zusammen mit den BürgerInnen über die Umsetzung des Klimakonzepts diskutieren. Die Nutzung der Regenerativen Energien muss dabei im Mittelpunkt stehen, wenn wir in Zukunft umweltschonend, solidarisch und sozial gerecht mit Energie versorgt werden. Auch die Gemeinde selbst muss diesen Prozess voran treiben. Durch die Umstellung der Versorgung der öffentlichen Gebäude auf Erneuerbare Energien, effiziente Modernisierung und vorbildlicher Nutzung aller Möglichkeiten zum Energiesparen. In Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale und der regionalen Energieagentur soll ein Beratungsangebot für private Haushalte in der Verbandsgemeinde geschaffen werden.

Atomares Zwischenlager Biblis

Als rheinhessische GRÜNE verfolgen wir die Diskussion um eine Zwischenlagerung weiterer radioaktiver Abfälle am Standort Biblis durchaus mit Sorge. Transporte

stellen stets ein Risiko dar und sollten nach Möglichkeit unterbleiben. Weitere Einlagerungen in Gorleben lehnen wir jedoch ab, vielmehr ist eine transparente, bundesweite Endlagersuche nach fachlichen Kriterien nötig.

Dennoch können wir die Verantwortung für den existierenden Atommüll nicht an andere Staaten oder die nächste Generation abschieben. Vor einer Entscheidung über die Zwischenlagerung zurückzunehmender Castoren muss streng geprüft werden, wo und wie dies mit dem geringsten Risiko für die Bevölkerung möglich ist. Sollte sich dabei herausstellen, dass Biblis für die Lagerung von weiterem Atommüll in Betracht kommt, verlangen wir länderübergreifend die Einbindung in ein solches Verfahren. Denn Rheinhessen ist von den Risiken der Atommüllagerung direkt betroffen.

Natur erhalten – Kreative Ideen fördern

In vielen rheinhessischen Gemeinden werden weitere für die Gemeinden rentable Baugebiete ausgewiesen. Viele Familien mit kleinen Kindern ziehen zu uns mit der Hoffnung auf gesunde Landluft. Leider werden aber immer mehr Flächen versiegelt, anstatt der Natur oder wichtiger landwirtschaftlicher Flächen weiter Raum zu geben. Damit geht Natur unwiderruflich verloren und die Preise für landwirtschaftliche Flächen schießen in die Höhe. Dieser unnötigen Flächenverdichtung wollen wir GRÜNE entschieden entgegenzutreten und stattdessen ein transparentes Flächenmanagement etablieren, mit dem Erhalt wichtiger ökologischer Flächen im Mittelpunkt.

Als Ergänzung zu mehr Freiräumen an den Randgebieten unterstützen wir die aktive Belebung der Ortskerne. Denn auch aus ökologischer Sicht müssen unsere Flächen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger verwendet werden um die Lebensqualität zu erhöhen. Kinder – und übrigens auch Erwachsene – brauchen unbedingt den Kontakt zur freien Natur um gesund zu bleiben. Vorbildlich ist daher das „Paradies“, ein Naturnaher Spielraum in Oppenheim, in dem die Kinder entscheiden dürfen, wie er ausgestaltet wird. Wir GRÜNE wünschen jeder Gemeinde ihr Paradies!

Umwelt verstehen – die Zukunft ist GRÜN

Bildung ist ein zentraler Schlüssel für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft. Daher müssen wir in sie investieren und damit die Grundlagen für ein Umweltbewusstsein und nachhaltiges Verhalten schaffen. Umweltbildung soll dafür sorgen, Werte zu vermitteln und Menschen zu motivieren, die Natur zu erleben und sie erhalten zu wollen. Gerade Kinder und Jugendliche können dadurch den ver-

antwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt und ihren natürlichen Ressourcen lernen und somit auch ein Verständnis von Lebenszusammenhängen entwickeln. Darüber hinaus werden kreative Partizipation und Bewegungserfahrungen gefördert, die positiv auf das Zusammenleben wirken. Auf Ebene der Verbandsgemeinde setzen wir uns daher dafür ein, dass ein Runder Tisch Umweltbildung eingesetzt wird, der sich der Weiterentwicklung dieses Themas annimmt.

Dem Verkehrslärm Einhalt gebieten

Lärmbelastung gehört zu den größten Gesundheitsrisiken und führt zu einer massiven Einschränkung der Lebensqualität. Wer die alltägliche Verlärmung durch Straßen-, Schienen- und Flugverkehr bekämpfen will, muss auf der politischen Ebene aktiv werden. Dem Schutz vor Lärm muss zukünftig ein höherer Stellenwert eingeräumt werden, als der Gewinnmaximierung der Verkehrswirtschaft. Mit ungebrochener Ausdauer und Leidenschaft werden wir weiter für ein absolutes Nachtflugverbort von 22:00 bis 6:00 Uhr und die Einführung definierter Lärmobergrenzen kämpfen und uns gegen einen weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens einsetzen.

Darüber hinaus müssen die Flugrouten transparent mit den Betroffenen diskutiert und gemeinsam eine Lösung erarbeitet werden. Die geplante Umgehung der B9 soll zu einer deutlichen Entlastung der AnwohnerInnen in Nierstein führen. Hierbei ist uns besonders wichtig, dass die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung und die Belange des Naturschutzes bei allen Planungsschritten beachtet werden.

Mobilität gestalten

Die Verkehrspolitik steht vor großen Herausforderungen, denn Mobilität hat eine Schlüsselfunktion für die soziale Teilhabe. Die S-Bahn Haltestelle in Dienheim ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung, denn immer mehr Menschen nutzen den öffentlichen Nahverkehr im Alltag. Dafür müssen die Angebote des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bezahlbar sein und weiter ausgebaut werden. Um die Nutzung der Bahn in unserer Verbandsgemeinde attraktiver zu machen, setzen wir uns für eine geeignete Taktung zwischen S-Bahnstationen und der Busverbindungen aus und in die umliegenden Ortsgemeinden ohne Bahnanschluss ein.

Wir setzen uns ein für die Förderung alternativer Mobilitätskonzepte (Bürgerbusse, Sammeltaxis, Car-Sharing o.ä.) auch zwischen den einzelnen Ortsgemeinden. Darüber hinaus wollen wir zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern ein Radwegekonzept für unsere Verbandsgemeinde erarbeiten. Wir setzen uns innerorts für Verkehrsberuhigungsmaßnahmen ein. Besondere Bedeutung hat für uns der Erhalt der Fähre in Guntersblum.

Nicht nur die Natur liebt sanften Tourismus

Auch Tourismus kann nachhaltig gestaltet werden – gerade die Entwicklung des Wander- und Radtourismus in Rheinhessen macht dies deutlich. Sozial gerecht, ökologisch tragfähig sowie wirtschaftlich sinnvoll sieht GRÜNER Tourismus aus, der insbesondere die vielen kleinen Unternehmen in unserer Region fördert.

Dafür müssen jedoch die infrastrukturellen Voraussetzungen für den Rad- und Wandertourismus weiter ausgebaut werden, um weiterhin attraktiver Standort für Besucherinnen und Besucher aus dem In- und Ausland zu sein. Die Ausweisung und Pflege von Wegen und Routen sowie die Werbung für unsere Region sind dabei wichtig.

Die Bedürfnisse unserer Gäste und der lokalen Bevölkerung müssen mit den Bedürfnissen des Natur- und Umweltschutzes verbunden werden um eine langfristig wirtschaftliche sowie sozial verträgliche Entwicklung zu gewährleisten.

Nachhaltiger Tourismus trägt erheblich zu einer dauerhaften Wertschöpfung und zum Wohlstand der Bevölkerung bei.



Kontakt:

Bündnis 90/Die Grünen
Ortsverband Nierstein-Oppenheim
Bahnhofstraße 1
55276 Oppenheim
Tel: 06133-6070399
E-Mail: info@gruene-rheinterrasse.de